



MINISTERSTVO
ŽIVOTNÍHO PROSTŘEDÍ
P

Došlo dne/
čas přijeti: - 4 -06- 2012 Počet listů: 1
Příloh: 2

Ministerstvo Životního Prostředí
Vršovická 65

CZ – 100 10 P r a h a 10 – Vršovice

Ceská Republika

Číslo jednací:/ENV/.....

Einwendungen gegen die Errichtung einer neuen Kernkraftanlage am Standort Temelín

Sehr geehrte Damen und Herren,

unter Hinweis auf mein in Kopie beiliegendes Schreiben vom 24. August 2010 (Anlage 1) wiederhole ich hiermit vorsorglich die darin erhobenen Einwendungen.

Des Weiteren schließe ich mich den beiliegenden Einwendungen der Stadtrats-Fraktion von „Bündnis 90/Die Grünen“, Nürnberg, vom 15. Mai 2012, Ziffern 1 bis 5 (Anlage 2) - beschlossen in der Stadtrats-Sitzung am 23. Mai 2012 - an und übernehme diese vollinhaltlich.

Bitte bestätigen Sie mir den Eingang dieses Schreibens sowie meines Einwendungs-Schreibens vom 24. August 2010.

Mit freundlichen Grüßen

Anlagen:

- 1 Schreiben vom 24. August 2010 (4 Blatt)
- 1 Schreiben vom 15. Mai 2012 (2 Blatt)

FRAKTION B' 90/DIE GRÜNEN, RATHAUSPLATZ 2, 90403 NÜRNBERG

An den Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg
Dr. Ulrich Maly
Rathaus
90403 Nürnberg

KOPIE

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Stadtratsfraktion Nürnberg**

Rathausplatz 2
90403 Nürnberg

Tel: (0911) 231-5091
Fax: (0911) 231-2930
gruene@stadt.nuernberg.de

Bus: Linie 36, 46, 47 (Rathaus)
U-Bahn: Linie 1 (Lorenzkirche)

Nürnberg, 15.05.2012

**Stadt Nürnberg lehnt Erweiterung von Temelin ab
Antrag für die Stadtratssitzung am 23.05.2012**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der tschechische Energieversorger CEZ plant am tschechischen Atomkraftwerk Temelin bei Ceske Budejovice (Budweis) eine Erweiterung von zwei auf vier Blöcke. Derzeit läuft die Beteiligung der Öffentlichkeit. Dafür hat das tschechische Umweltministerium 30 Tage vorgesehen.

Gemäß der Aarhus-Konvention, der Espoo-Konvention und der EU-Direktive zur Umweltverträglichkeitsprüfung sind alle Bürger/innen Europas bei einem solchen Vorhaben zu beteiligen. Das heißt, allen Bürger/innen steht das Recht auf Information, Stellungnahme, einen verbindlichen Anhörungstermin und den Rechtsweg zu.

Am 07.05.2012 hat für Deutschland die Beteiligung der Öffentlichkeit begonnen. Die Frist für Einwendungen und Stellungnahmen endet am 05.06.2012. Zuständig für die Auslegung der Planunterlagen in Bayern ist das Bayerische Umweltministerium. Dieses lässt die Pläne lediglich in den direkt an Tschechien angrenzenden Landkreisen (Landratsämter) und kreisfreien Städten auslegen.

Die Stadt Nürnberg ist vom Atomkraftwerk Temelin lediglich 240 Kilometer Luftlinie entfernt. Bei einem Unfall im Reaktor ist Nürnberg unmittelbar betroffen. Und ein solcher Unfall erscheint nicht unmöglich.

Bereits bei den bestehenden Blöcken Temelin 1 +2 kommt es immer wieder zu Problemen und die Reaktoren müssen regelmäßig abgeschaltet werden. Am Reaktor 1 wurde eine Primärkühlwasserleitung ohne Genehmigung ausgeführt, eine Schweißnaht hält nach Einschätzung von Experten der tschechischen Atomaufsichtsbehörde SUJB nicht unter Stress. Temelin 1 + 2 wären in Deutschland nicht genehmigungsfähig gewesen!

Bei den geplanten Blöcken 3 + 4 ist derzeit noch gar nicht bekannt, welcher Reaktortyp eingesetzt werden soll. Dies will der tschechische Energieversorger CEZ erst im Juli 2012 bekanntgeben. Bei der derzeit laufenden Öffentlichkeitsbeteiligung werden den Bürger/innen und den betroffenen Gebietskörperschaften also zentrale Informationen vorenthalten!

Besorgniserregend ist auch, dass der tschechische Staat vom Betreiber CEZ für das Atomkraft Temelin eine Haftpflichtsumme von lediglich 300 Millionen Euro fordert. Zum Vergleich: Greenpeace schätzt den durch Fukushima verursachten Schaden auf 500 Milliarden Euro.

Die Stadt Nürnberg bekennt sich zur Energiewende und will den Ausstieg aus der Atomenergie gemeinsam mit den Landkreisen und Kommunen in der Metropolregion Nürnberg vorantreiben. Die Stadt Nürnberg sollte daher bei der momentan laufenden Öffentlichkeitsbeteiligung die Erweiterung des AKW Temelin ablehnen und eine entsprechende Stellungnahme über das Bayerische Umweltministerium gegenüber dem tschechischen Umweltministerium (Ministerstvo Životního Prostředí, 100 00 Praha 10 – Vršovice, Vršovická 65, Tschechische Republik) abgeben.

Antrag für die Stadtratssitzung am 23.05.2012:

1. Die Stadt Nürnberg lehnt die Erweiterung des Atomkraftwerks Temelin ab.
2. Die Stadt Nürnberg fordert eine umfassende Öffentlichkeitsbeteiligung: Der Reaktortyp muss bekannt sein; Unterlagen müssen in allen Landkreisen und kreisfreien Städten Bayerns ausgelegt werden; 30 Tage Beteiligung sind zu kurz, Nürnberg fordert 60 Tage.
3. Die Stadt Nürnberg fordert einen Anhörungstermin in Deutschland in deutscher Sprache.
4. Die Stadt Nürnberg ergreift die Initiative für eine ablehnende Beschlussfassung in der Metropolregion Nürnberg.
5. Die Metropolregion Nürnberg sucht das Gespräch mit der Euregio Egrensis (der seit 1993 bestehenden deutsch-tschechischen Arbeitsgemeinschaft von deutschen und tschechischen Kommunen, Landkreisen und Regionen) mit dem Ziel die Energiewende als Thema aufzunehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Christine Seer

Christine Seer
Stadträtin

KOPIE

Günter Strobel

D - 91 058 Erlangen-Bruck, 24. August 2010

Bierlachweg 3

Německá Spolková Republika (NSR)

Ministerstvo Životního Prostředí
Vršovická 65

CZ - 100 10 Praha 10 – Vršovice

Česká Republika

24. August 2010

**ERRICHTUNG EINER NEUEN KERNKRAFTANLAGE AM STANDORT TEMELÍN
EINSCHLIESSLICH ABLEITUNG DER GENERATORLEISTUNG IN DAS
UMSPANNWERK MIT SCHALTANLAGE KOČÍN;
Einwendungen im Rahmen der Errichtung von 2 neuen Atomkraftwerken am
Standort Temelin, Bezirk České Budějovice**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Hiermit erhebe ich folgende

Einwendungen:

1. Die Anträge auf Erweiterung der obengenannten Anlage sind abzulehnen.
2. Die Kosten des Verfahrens trägt der Antragsteller.
3. Die Erhebung weiterer Einwendungen behalte ich mir ausdrücklich vor.

Vorsorglich erhebe ich u.a. formale Verfahrens-Einwendungen:

Es entspricht nicht dem unmittelbar geltenden EU-Recht, da eine entsprechende Änderung in der Tschechischen Republik erst in Kraft trat, als das Genehmigungsverfahren zu Temelin schon lief. So kann man zwar Einwände gegen das Projekt vorbringen, aber – weil es nicht nach EU-Recht durchgeführt wird – nicht dagegen Rechtsmittel einlegen (z.B. Klage erheben).

Risiko für das Leben und Gesundheit von mir und meinen Angehörigen; Haftung für Schäden

Eine energiepolitische Notwendigkeit einer Erweiterung der Atomkraftwerke Temelin besteht meines Erachtens nicht. Die Energieversorgung der Tschechischen Republik ist mit anderen Mitteln kostengünstiger und weniger gefährlich zu gewährleisten. Eine wirtschaftliche Betrachtung der unterschiedlichen Energieformen mit allen sonstigen Kosten wie Endlagerung, Haftung wurde nicht berücksichtigt. Ebenso finden sich keine konkreten Aussagen zur Höhe der Haftung bei Schäden, die mich und meine Familie sowie meine Zukunft betreffen. Weitere Atomreaktoren in Temelin würden die Gefahr für mein Leben und das meiner Angehörigen noch erheblich steigern.

Die radioaktiven Emissionen, die in die Luft und ins Wasser entweichen wurden offensichtlich nur geschätzt: Sie liegen um Größenordnungen über den Emissionswerten der schlechtesten europäischen Atomkraftwerke, die in den 60er Jahren gebaut sind und somit auf dem Stand der Technik von um 1950 sind. Ich befürchte, dass die Krebs- und Leukämierate viel stärker ansteigen wird als im Umkreis deutscher Atomkraftwerke. Die in Deutschland festgestellte Verdoppelung der Krebsrate sei zwar amtlich bestätigt, Gegenmaßnahmen unterblieben aber bisher. An sich ist die Schädigung der Gesundheit der Menschen vor Ort nicht das Problem der Nachbarländer. Sollte dies allerdings zu einer gesamtwirtschaftlichen Schwächung der Tschechischen Republik führen, wäre ich über den finanziellen Ausgleich innerhalb der Europäischen Union persönlich betroffen.

Maßnahmen zum Schutze der Bevölkerung in den Nachbarländern

Im Zusammenhang mit schweren Unfällen mit Freisetzung von Radioaktivität sind jeweils die möglichen grenzüberschreitenden Folgen explizit darzustellen. Ihr dargestelltes „Konzept der Sicherheitsbarrieren“ als Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung in den Nachbarstaaten ist absolut unzureichend; als eine seriöse grenzüberschreitende Umweltverträglichkeitsprüfung leider nicht tolerierbar.

Radioaktive Abfälle – Endlager

Der radioaktive Abfall (abgebrannte Brennelemente) der von den Betreibern in den angenommenen 60 Betriebsjahren der beiden geplanten sowie der beiden bestehenden Reaktoren anfällt, beläuft sich laut deren Berechnungen auf 5638,5 bis 7843,5 Tonnen Kernbrennstoff. Es ist unverantwortlich, auch gegenüber den nachfolgenden Generationen, soviel strahlendes Material zu hinterlassen bzw. teilweise in die Umwelt abzugeben.

Es fehlen konkrete Aussagen zur Beseitigung der hochradioaktiven Abfälle: **Es ist kein Endlager vorhanden.**

Die Probleme mit dem Atomlager Asse bei Remlingen (Landkreis Wolfenbüttel, Niedersachsen, Bundesrepublik Deutschland) zeigen jetzt bereits, dass auch Lager die zum Zeitpunkt ihrer Errichtung als sicher eingestuft wurden, keine sichere Verwahrung über die Jahrtausende garantieren.

Weltweit gibt es kein geeignetes Endlagerkonzept für wärmeentwickelnden Abfall, deshalb kann die Kernenergie keine Lösung sein.

Einwirkungen von Dritten

Die geplanten kerntechnischen Anlagen sind baulich nicht auf den Absturz von Flugzeugen ausgelegt, der im Rahmen eines Unfalls eintreten kann oder gezielt herbeigeführt werden könnte. Ebenso wenig können derartige Anlagen baulich oder durch Maßnahmen zuverlässig gegen terroristische Angriffe oder Sabotage abgesichert werden. Terroristische Gefahren werden in der UVP mit dem Hinweis auf die weltpolitisch geringe Bedeutung der Tschechischen Republik vernachlässigt. Zum einen kann sich die Situation im Laufe der Betriebsdauer von geplanten 60 Jahren ändern, und zum anderen ist durch die geographische Lage im Herzen der Europäischen Union auch ein terroristischer Angriff auf die EU als Motiv denkbar.

Technische Unsicherheit der Atomkraftwerke

Die Unfälle und Ereignisse in den Atomreaktoren, z.B. in Krümmel, Schleswig-Holstein, Deutschland, Harrisburg/USA und vor allem in Tschernobyl/Ukraine haben gezeigt, dass diese Technik nicht zuverlässig beherrscht werden kann. Zu viele Anfälligkeiten und selbst kleine Fehler können große Folgen haben – seien sie menschlicher oder technischer Natur.

Die geplanten Reaktoren in Temelin sind eine unzureichende Weiterentwicklung des Typs, der in Tschernobyl explodierte.

Von der radioaktiven Strahlung eines Fallouts und der Verseuchung von Lebensmitteln und Trinkwasser fühle ich mich und meine Angehörigen bedroht.

Standort der Atomkraftwerke bedenklich

Die Atomkraftwerke sind bzw. die Erweiterungen werden auf einer Anhöhe gebaut. So muss das Kühlwasser aus der Moldau nach oben gepumpt werden. Dies verbraucht viel elektrischen Strom und stellt somit wiederum ein weiteres Risiko dar: z.B. können Wasserpumpen sowie die Ersatzpumpen ausfallen.

Die nahe liegende geotektonische Bruchzone beinhaltet zudem ein **erhöhtes Erdbebenrisiko**.

Wegen des damit verbundenen Freiwerdens von Radioaktivität fühle ich mich bedroht, gleiches gilt für die Gesundheit meiner Angehörigen.

Endlichkeit des Kernbrennstoffs

Im Laufe der geplanten Betriebsdauer von 60 Jahren kann bei entsprechenden internationalen Rahmenbedingungen die Beschaffung des Kernbrennstoffs auf dem Weltmarkt problematisch werden. Die erwähnte Förderung tschechischen Urans würde dann notwendig. Ich sehe meine Gesundheit und die meiner Angehörigen durch diesen Uranabbau gefährdet, weil dieser mit massiver Umweltbelastung verbunden sein wird.

Nach dem Deutschen Wirtschaftsministerium, Berlin, (<http://bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/Dokumentationen/reserven-ressourcen-und-verfuegbarkeit-von-energieerohstoffen-2002-dokumentation-519,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf>) ist die Verfügbarkeit von Natururan weltweit über

die geplante Betriebsdauer nicht gesichert. Daher ist anzunehmen, daß alternative Kernbrennstoffe eingesetzt werden sollen. Am ehesten kommt hier Plutonium aus der Wiederaufarbeitung und der Brütertechnologie in Frage. Die erhöhten Sicherheitsrisiken dieser Technologien würden dann auch meine Gesundheit gefährden.

Im Falle der Ablehnung meiner Einwendungen behalte ich mir ausdrücklich das Recht vor, Rechtsmittel zu ergreifen, das gilt insbesondere wegen der Nichtbeachtung von EU-Recht.

Ich bitte Sie mir den fristgerechten Eingang dieser Einwendungen bei Ihnen schriftlich zu bestätigen.

Mit freundlichen Grüßen

G. Strobel